

RR 232 / 2.3.
KR M3.

Interpellation

gemäss Art. 58 des Kantonsratsgesetzes

Kantonsfinanzen: Fakten auf den Tisch

Im Herbst 2009 stellte der Regierungsrat das Budget 2010 sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2010-2013 vor. Darin werden für den Kanton folgende Defizite der Laufenden Rechnung vorausgesagt: 2011: 3 Mio; 2012: 28 Mio; 2013: 34 Mio. Innerhalb von drei Jahren entsteht ein kumuliertes Defizit von 65 Millionen! Sollte die Prognose des Regierungsrates zutreffen, so würde dies für den Kanton ein 'Erdbeben' bedeuten. In der Medienmitteilung des Regierungsrates vom 8. Oktober 2009 wird dies verschleiert. Auch in der Kantonsratsdebatte vom 3. Dezember (Budgetdebatte) vermied der Finanzdirektor klare Aussagen dazu. Ausdrückliche Fragen aus der SP-Fraktion blieben ohne Antwort. Diese Informationsverweigerung blieb nicht ohne Wirkung: Noch heute wissen sehr viele BürgerInnen nicht, wie es um die Kantonsfinanzen steht. Dies erweckt den Eindruck, dass der Regierungsrat zentrale Informationen nicht auf den Tisch legen will, was politisch nicht haltbar ist. Wer im Budget 2010 und im Finanzplan intensiv sucht, stellt hingegen fest, dass der Regierungsrat selber die Situation als gravierend beurteilt. Sonst gäbe es keinen Grund, für 2011 ein 'Priorisierungsprogramm' zu starten, das 7 Millionen einsparen soll.

Wo liegen die Gründe für die schlechten Prognosen? Vom Regierungsrat werden die hohen Investitionen erwähnt, die auf uns zukommen. Diese sind tatsächlich eine grosse Herausforderung. Doch angesichts des Eigenkapitals des Kantons von über 150 Millionen soll niemand behaupten, dass hier das Hauptproblem liegt. Der wichtigste Grund für die drohenden Defizite sind zu tiefe Einnahmen. Die Steuererträge stagnieren, der Finanzausgleich des Bundes vermindert sich von 2009 bis 2013 um über 30 Millionen pro Jahr.

Die SP Obwalden wertet die düsteren Aussichten als ernsthafte Krise. Diese kann man nur meistern, wenn man darauf eine starke Antwort findet. Dazu braucht es klare Aussagen gegenüber der Bevölkerung. Das vorgeschlagene Priorisierungsprogramm ist keine gute Antwort. Es ist ein Unsinn, von der Verwaltung zu verlangen, dass sie Millionen von Franken pro Jahr einsparen soll. Denn die kantonalen Ämter sind an klare Aufträge von Seiten der Politik und an gesetzliche Vorgaben gebunden. Budgetkorrekturen in Millionenhöhe brauchen Entscheide von Seiten der Politik. Vom Regierungsrat, vom Kantonsrat und von der Bevölkerung!





Die SP-Fraktion stellt dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat unsere Beurteilung, dass die Entwicklung des Staatshaushalts aufgrund der stagnierenden Steuererträge und des sinkenden Finanzausgleichs sehr besorgniserregend ist?
2. Kann der Regierungsrat bestätigen, dass die Steuerstrategie zwar das Steuerpotential erhöht, bisher aber nicht zu höheren Steuereinnahmen geführt hat? Und dass deshalb der finanzielle Handlungsspielraum nicht grösser, sondern kleiner geworden ist?
3. Ist es korrekt, dass die Steuerstrategie das sogenannte Steuerpotenzial verbessert hat, dieses jedoch für den sinkenden Finanzausgleich des Bundes verantwortlich ist?
4. Erachtet es der Regierungsrat als schädlich für den Standort Obwalden, die Aussichten der Staatsfinanzen klar zu kommunizieren?
5. Ist der Regierungsrat gewillt, die StimmbürgerInnen von Obwalden objektiv über die Prognosen zu den Kantonsfinanzen zu informieren und dies rechtzeitig vor dem Wahltermin vom 7. März?

6. Geht der Regierungsrat tatsächlich davon aus, dass beim Kanton in der laufenden Rechnung ein Sparpotenzial von 7 Mio. Franken besteht? Dies, nachdem der Regierungsrat nach den Sparprogrammen GAP 1 und GAP 2 und bei der Lancierung der Steuerstrategie mehrfach betonte, der Kanton habe seine Hausaufgaben gemacht?
7. Teilt der Regierungsrat die Befürchtung, dass Einsparungen im Umfang von 7 Millionen (und später noch mehr) wesentliche Standortfaktoren des Kantons in Frage stellen?
8. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Finanzen der meisten Gemeinden ebenfalls angespannt sind und keine Überwälzungen erlauben?
9. Ist der Regierungsrat gewillt, beim Priorisierungsprogramm einen Marschhalt einzulegen? Ist er bereit, die grundlegende Richtung des künftigen Weges in einem breit abgestützten Prozess zu erarbeiten?

Sarnen, 26. Januar 2010

SP Fraktion

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|
|  |  |
|  |  |
| Heidi Walz | J. P. S. |